

Feststellung der UVP-Pflicht nach § 5 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)

Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt, Abteilung Technischer Umweltschutz,
Bahnhofstraße 38, 24937 Flensburg vom 25. April 2023 – Aktenzeichen G40/2023/032

Kreis Schleswig-Flensburg, Gemeinde Sieverstedt

Die Firma Bürgerwindpark Sieverstedt GmbH & Co. KG, Sönke-Nissen-Koog 58,
25821 Reußenköge plant die wesentliche Änderung von einer Windkraftanlage (WKA)
vom Typ Vestas V112 – 3.0 MW, mit einer Nabenhöhe von 94 Metern, einem Rotordurch-
messer von 112 Metern, einer Gesamthöhe von 150 Metern und einer Leistung von 3,0
Megawatt (MW) in der Gemeinde 24885 Sieverstedt (Gemarkung Sieverstedt, Flur 1,
Flurstück 21/5).

Gegenstand des Genehmigungsantrages ist im Wesentlichen folgende Maßnahme:
Nachrüstung einer bedarfsgesteuerten Nachtkennzeichnung (BNK).

Das Vorhaben bedarf einer Genehmigung nach § 16 Bundes-Immissionsschutzgesetz
(BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274, be-
richtet 2021 I S. 123) in Verbindung mit Nr. 1.6.2 des Anhangs 1 der Vierten Verordnung
zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmi-
gungsbedürftige Anlagen – 4. BImSchV) vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440).

Vor der Entscheidung im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren ist nach
§§ 5 und 9 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung
der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540) in Verbindung mit Nr. 1.6.2 der
Anlage 1 zum UVPG in einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles festzustellen, ob für
das Vorhaben eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen ist.

Gegenstand der überschlägigen Prüfung ist, ob der Betrieb der bedarfsgerechten Nacht-
kennzeichnung und der damit verbundenen nächtlichen Abschaltung der Kennzeichnung
eine erhebliche Umwelteinwirkung im Sinne des UVPG darstellt.

Es sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen zu erwarten, da die Einrichtung einer BNK zu einer Verbesserung der nächtlichen Immissionssituation führt.

Eine Verbesserung ist anzunehmen, weil die Lichtemission nicht mehr durchgängig in der Nachtzeit stattfindet. Die Lichtquelle wird nur noch bei Bedarf eingeschaltet.

Es ist also im Rahmen der überschlägigen Vorprüfung festzustellen, dass durch das beantragte Vorhaben nicht mit erheblichen zusätzlichen Umwelteinwirkungen zu rechnen ist.

Diese Feststellung ist nach § 5 Absatz 3 UVPG nicht selbständig anfechtbar.